

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/201

Bonn, den 22. Oktober 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Die Reformarbeit kann fortgesetzt werden</u>	103

Von Albert Osswald, Finanzminister,
1. Vorsitzender des SPD-Bezirk Hessen-Süd

2 - 3	<u>Beachtliche Leistung</u>	38
-------	-----------------------------	----

Das 75. Dorfgemeinschaftshaus in Niedersachsen

3	<u>Karl Ilgner</u>	26
---	--------------------	----

Von Gustav Schmidt-Küster, Hannover

4	<u>Schon eines ist zuviel</u>	38
---	-------------------------------	----

"Schwarze Schafe" unter Gastarbeiter-Betreuern

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Wehner: "Eine Bestandsaufnahme ist fällig"

Keine Alternative zur Friedenspolitik

Die Aufgabe "Gesamtdeutscher Wochen"

Keine tragfähige Außenpolitik ohne die Ostdeutschen

Wir sind eine Nation geblieben

Gespräch mit schwedischen Reichstagsabgeordneten

Offiziell: 134 000 Deutsche in der Tschechoslowakei

Neuer Redaktionsleiter für "Die Brücke"

Ein Buch über Dubcek

*

*

*

Die Reformarbeit kann fortgesetzt werden

Von Albert Osswald, Finanzminister

1. Vorsitzender des SPD-Bezirk Hessen-Süd

Mit dem Ergebnis der Kommunalwahl in Hessen am 20. Oktober kann die sozialdemokratische Partei vollauf zufrieden sein. Wir haben unsere Position im großen und ganzen behauptet und insbesondere in den Kreisen ausgebaut. Jeder zweite Bürger hat in unserem Lande SPD gewählt.

Weniger erfreulich ist die gegenüber der Wahl 1964 geringere Wahlbeteiligung. Das mag zum größten Teil am Wetter oder auch an den Fernsehendungen von den Olympischen Spielen gelegen haben. Sie ist in den Städten besonders hervorgetreten, so daß auch untersucht werden muß, in welcher Form der Kontakt des Städtlers zu seiner Verwaltung intensiviert werden kann. Wir werden uns in Hessen überlegen müssen, mit welchen politischen und organisatorischen Mitteln wir wieder auf den alten Stand kommen.

Der Verlust von 1,8 Prozent der Stimmen für die SPD hält sich völlig in einem vernünftigen Rahmen der Wählerfluktuation bei einer Regierungspartei. Der Kern des politischen Terrains der SPD wurde nicht angegriffen. In allen wichtigen Regionen unseres Landes bleibt weiterhin gesichert, daß eine fortschrittliche Politik gemacht wird. Der Wähler hat unsere Arbeit honoriert. Er wünscht, daß sie fortgesetzt wird. Allerdings kommt bei dem Ergebnis auch zur Ausdruck, daß die SPD ihre Politik noch stärker zukunftsorientiert ausrichten muß. Unsere Aufgaben in der Kommunalpolitik sind nicht kleiner geworden, sie sind vielmehr gewachsen. Dem gilt jetzt Rechnung zu tragen.

Die dem Wähler angebotenen Konzeptionen, die aktuellen und langfristigen Ziele müssen noch zügiger durchgeführt werden, damit vor den nächsten Wahlen Zeit bleibt, nicht nur die Zukunftsperspektiven zu entwickeln und zu formulieren, sondern bereits Teile davon in die Praxis umzusetzen.

Wie schon in Niedersachsen, so hat sich auch in Hessen gezeigt, daß die nach 1966 wirksam gewordene Talfahrt der Sozialdemokraten gestoppt ist. Der vielzitierte Genosse Trend ist auf dem Rückweg. So haben wir bei den Kreiswahlen einen Zuwachs von 0,3 Prozent und in den Gemeinden von 5,3 Prozent zu verzeichnen. Das ist ein guter Erfolg und er beweist, daß überall dort, wo eine unmittelbare Verbindung des Bürgers zu den politischen Repräsentanten unserer Partei besteht, den Sozialdemokraten das Vertrauen für ihre gemeinschaftsnahe Arbeit ausgesprochen wird. Es ist auch festzustellen, daß in den Kreisen und Gemeinden sich das Bewußtsein der Wähler für die Parteipolitik verändert hat. Im Rahmen dieser Entwicklung sind die Anteile der Wahlgemeinschaften zurückgegangen.

Einige Probleme wirft das Ergebnis in den kreisfreien Städten auf. Hier ist ein Rückgang zu beobachten, der wegen seiner möglichen späteren Folgen sehr sorgfältig analysiert werden muß. Wahrscheinlich besteht hier ein enger Zusammenhang mit der viel schwächeren Wahlbeteiligung in den Städten. Möglicherweise hat sich hier auch ein Unbehagen gegenüber den großen Parteien manifestiert. Denn nicht nur die SPD hat hier 15,8 Prozent ihrer Stimmen verloren, sondern auch CDU und FDP 16,1 Prozent. Diese Entwicklung ist teilweise auf

Bevölkerungsabnahmen zurückzuführen. Die Ursachen werden wir hier im einzelnen noch genauer untersuchen.

Dennoch bleibt die sozialdemokratische Mehrheit gesichert. Wenn wir auch in den Stadtverordnetenversammlungen der kreisfreien Städte insgesamt acht Sitze verloren haben, so verfügen wir in Frankfurt, Hanau, Offenbach, Wiesbaden und Kassel - wie 1964 - über die absolute Mehrheit. Lediglich in Darmstadt ging die absolute Mehrheit verloren. Dafür konnte die SPD jedoch in den vier Landkreisen Bergstraße, Unter-Taunus, Hofgeismar und Ziegenhain die absolute Mehrheit erreichen. Gemessen an dem materiellen Aufwand und dem verbalen Getöse der CDU ist ihr zusätzlicher Stimmenanteil recht kläglich. Mit 0,7 Prozent ist in Hessen kein Staat zu machen. Verwirrt von ersten Teilergebnissen hatte sich der Vorsitzende dieser Partei noch zu Beginn der Wahlnacht als der große Gewinner der Kommunalwahlen aufgespielt. Doch als die Zahl unter dem Strich bekannt wurde, zog er kleinlaut von dannen.

In der Tat hat das Ergebnis die CDU eher belastet. Wo sie nämlich Erfolge erzielen konnte, kam dieser Stimmenzuwachs von ganz rechts. Das wird eine schwere Hypothek für die christdemokratische Firma sein, denn diese Wähler hier werden sich zu Wort melden. Sie werden den künftigen Kurs mitbestimmen wollen und es scheint, daß die CDU ihren scharfmacherischen Kurs fortsetzen wird. Ohne Zweifel wird das die politische und sachliche Arbeit erschweren.

Die Erfolge in den Landkreisen und Gemeinden, die den Rückgang in den Städten weitgehend wettmachen konnte, sind zum größten Teil auch auf die Vorstellung der SPD zur Verwaltungsreform zurückzuführen. Es ist ein eindeutiges Votum gegen die CDU-Pläne zur Auflösung der Kreise und zum Zwangszusammenschluß der Gemeinden. Der Wähler hat gespürt, daß ihm hier ein ungedeckter Scheck präsentiert wurde.

Für die FDP ist der Wahlausgang ebenfalls enttäuschend. Sie wird sich überlegen müssen, ob sie weiterhin in der politischen Auseinandersetzung mit selbstverständlichen Slogans antreten will. Ohnehin hat diese Partei stets Schwierigkeiten mit ihrem Profil gehabt.

Die NPD hatte sich bei den Wahlen 1964 noch nicht beteiligt, so daß ein direkter Vergleich nicht möglich ist. Doch wenn man das Ergebnis der Landtagswahlen auf dem Höhepunkt der wirtschaftlichen Krise berücksichtigt, so ist die Partei bereits nach zwei Jahren um fast 40 Prozent ihres Anteils dezimiert worden, der Fuß, den sie in der Tür zu einigen Stadtverordnetenversammlungen hat ist ein Pferdefuß. Bis zur nächsten Wahl werden das auch ihre jetzigen Wähler merken, und bis dahin auch wird die SPD ihre offensive Politik gegen die überflüssigen Rechtsradikalen fortsetzen. In den Stadtparlamenten wird man außer Schweigen und gelegentlich schrillen Tönen, die an der Sache vorbeigehen, nichts positives bemerken.

Eine Auflösung ihrer Partei sollte man den Führern der GDP/BHE empfehlen, denn die Wahl hat gezeigt, daß sie in Hessen weder eine Basis hat, noch Resonanz mit ihren nationalistischen Parolen findet. Die DFU und die übrigen linken Gruppen, die in der Kreiswahl 1964 von insgesamt 1.352 Sitzen ganze zwei Plätze erreichten, haben in diesem Jahr ebenfalls ihren Mini-Anteil verloren. Sie sind kein Faktor in der hessischen Kommunalpolitik mehr. - Die Kommunalwahl in Hessen hat die politische Mündigkeit der Bürger bewiesen. Die SPD ist mit ihrer Arbeit auf dem richtigen Weg. Der hessischen Bevölkerung dürfen wir für ihren großen Vertrauensbeweis danken. Sie hat nicht nur den extremen und radikalen Gruppen eine Absage erteilt, sondern auch eine demokratische Grundhaltung gezeigt, die unser Vertrauen im Ausland festigt. Die begonnene Reformarbeit kann verstärkt fortgesetzt werden.

Beachtliche Leistung

Das 75. Dorfgemeinschaftshaus in Niedersachsen

kr - In der kleinen Gemeinde Schulenberg im Harz wurde jetzt das 75. Dorfgemeinschaftshaus vom niedersächsischen Ministerpräsidenten Dr. D i e d e r i c h s (SPD) und seinem Sozialminister Kurt P a r t s c h (SPD) eingeweiht. Im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms der niedersächsischen Landesregierung, das vor zehn Jahren begonnen wurde, wurden vom Land über 14 Millionen DM als Zuschüsse und eine weitere Million DM als Schuldendienstbeihilfen für zehn Millionen DM bereitgestellt.

Dieses Programm ist ein wichtiger Abschnitt sozialdemokratischer Landes- und zugleich Zonenrandpolitik im gesellschaftspolitischen Sinne. Denn immerhin wurden 39 Dorfgemeinschaftshäuser, also mehr als 50 vH., in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze errichtet. Der heutige Ministerpräsident des Landes mit dem größten Abschnitt der Demarkationslinie legte vor zehn Jahren selbst in seiner Eigenschaft als Sozialminister in Niedersachsen den Grundstein für das erste Dorfgemeinschaftshaus.

Mit dem Bau von 75 Dorfgemeinschaftshäusern wurden u.a. 14 Mehrzweckhallen mit eingebauten Bühnen, 45 große Gemeinschaftsräume, die je nach Beschaffenheit durch Faltwände in kleine Räume unterteilt werden können, 17 kleine Gemeinschaftsräume, 73 Jugendräume, 43 Teeküchen, sieben Lehrküchen, sieben Werkräume, sieben Gymnastikräume, 45 Gemeindebüchereien, 14 Kindertagesstätten, 47 Gemeindepflegestationen oder Räume für Erste Hilfe, aber auch 19 Wäschereien, 20 Heißmangeln, 25 Tiefgefrieranlagen, 14 Schlachthanlagen, 41 Badeanlagen und 25 Saunen geschaffen.

Ohne Förderung mit Landesmitteln, d.h. überwiegend auf Initiative der jeweiligen Gemeinde, wurden in den Gemeinschaftshäusern zusätzlich u.a. 23 Gemeindebüros, 12 Feuerwehrgeräte Räume, drei Kegelbahnen und elf sonstige Einrichtungen wie z. B. Poststellen oder Sparkassenfilialen eingerichtet.

Am Anfang stieß das Programm auf Kritik. So erblickte man in den

Dorfgemeinschaftshäusern "Kollektiveinrichtungen" nach dem Muster zwar ähnlicher, doch einem ganz anderen Zweck dienenden Gemeinschaftseinrichtungen jenseits der Demarkationslinie.

Inzwischen hat man die Gemeinschaftshäuser als segensreiche Stätten der freien Begegnung für alle Bürger der Gemeinden, aber auch als Zentren der technischen Arbeitserleichterung für Haus und Hof anerkannt. Gerade in unmittelbarer Nähe der Zonengrenze kann die Bedeutung der Dorfgemeinschaftshäuser nicht hoch genug eingeschätzt werden.

+ + +

Karl Ilgner +

Von Gustav Schmidt-Küster, Hannover

Wiederum ist ein alter Freund von uns gegangen. Der Redakteur Karl Ilgner, 1897 in Magdeburg geboren, verstarb dieser Tage in Stockholm. Bis 1933 war er Redakteur der "Volkstimme" in Magdeburg und Mitglied des "Reichsbanners". 1934 emigrierte er nach Prag, wo er auch seine Frau kennenlernte und heiratete.

Wie alle Sozialdemokraten mußte er 1938 über Warschau weiter nach Schweden flüchten. Hier blieb er bis zu seinem Tode und fand eine neue Heimat und auch später eine ihm gemäße Tätigkeit als Redakteur der Zeitung für nachmilitärische Kontakte ehemaliger Soldaten. - Erich Ollenhauer war sein Landsmann und Freund.

Karl Ilgner hatte viele Kontakte nach Deutschland und sehnte sich immer wieder in seine alte Heimat zurück, besonders wenn der Frühling sich bei uns schon ankündigte und in Stockholm noch Eis und Schnee wie im tiefen Winter die Landschaft bedeckte.

Im vorigen Jahr entdeckte er nach langem Suchen das seit vielen Jahren verschwundene Archiv des SPD-Vorstandes aus Prag in den Tiefkellern der Gewerkschaften in Stockholm. 16 Kisten mit wertvollem Material waren 1938 von Prag aus nach Kopenhagen aufgegeben und lagerten lange im dortigen Hafen. Als die Truppen des Dritten Reiches kamen, sandte man die Kisten weiter nach Schweden und versteckte sie in Tiefkellern, wo sie durch Karl Ilgner aufgefunden und der Vergessenheit entrissen wurden.

Bei der Übergabe der Kisten durch den schwedischen Ministerpräsidenten Tage Erlander an unseren Außenminister Willy Brandt Anfang Februar 1968 konnte Karl Ilgner wegen schwerer Krankheit leider nicht teilnehmen. Man ist er für immer von uns gegangen. Seine Freunde werden ihn nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

+ + +

Schon eines ist zuviel

"Schwarze Schafe" unter Gastarbeiter-Betreuern

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Repatriierte spanische Gastarbeiter, die aus Deutschland die besten Erinnerungen mitnahmen und in ihren Begegnungen mit Deutschen keine Enttäuschungen erlebten, berichten manchmal über schwarze Schafe unter ihren eigenen spanischen Betreuern. Bisher kamen nur Klagen über solche Betreuer in Südwestdeutschland. Die mit Gastarbeitern befaßten spanischen Konsuln, Arbeitsberater und Geistliche erfüllen selbstlos ihre Pflicht, doch unter 100 taucht vielleicht ein schwarzes Schaf auf, das die Unkenntnis seiner Schutzbefohlenen zu zweifelhaften und zuweilen kriminellen Aktionen ausnutzt.

Die deutschen Behörden werden ebenso wie die Gewerkschaften ihr Augenmerk auf das Treiben einer verschwindend kleinen Minderheit von Betreuern richten müssen, die jedoch durchaus imstande sind, das gute deutsch-spanische Verhältnis ernstlich zu schädigen. Wie etwa ein Arbeitsberater, der seinen Landsleuten kostenlose Ratschläge erteilen soll, weil er dafür ohnehin entlohnt wird, aber stattdessen von den Ahnungslosen Geldbeträge kassiert. Oder wie jener Geistliche, der sich mit Rauschgifthandel beschäftigt und mit gesetzwidrigen Finanzgeschäften. Oder ein führendes Mitglied der spanischen Kolonie in einer grossen deutschen Stadt, der bezeichnenderweise "Al Capone" genannt wird.

Zu diesen Mini-Al Capones treten auch einige Geistliche, die ihren Auftrag verfehlt haben und anstatt sich um die Nöte der Landsleute zu kümmern, in Zivil an politischen Kundgebungen teilnehmen und, um sich in der Heimat bei den Regierungsbehörden beliebt zu machen, diesen eine Liste der Teilnehmer übergeben. Die spanische Regierung lehnt solche unsauberen Methoden ausdrücklich ab und hütet sich, die in Deutschland tätigen spanischen Arbeiter zu beschneffeln. Doch immer wieder gibt es schwarze Schafe, die auf unsaubere Weise Meriten sammeln wollen - diese trüben das deutsch-spanische Klima, diese Leute müssen aus Sicherheitsgründen ausgeschaltet werden. Ihre Zahl wird so lange eine Dunkelziffer bleiben, so lange nicht von deutscher Seite eingeschritten wird. Das ist naturgemäß schwierig, denn spanische Sprach- und Landeskenntnisse sind in der Bundesrepublik nicht allzu weit verbreitet. Trotzdem läge es im Interesse gerade jener unzähligen anständigen und pflichtbewußten spanischen Betreuer, Konsuln und Beratern, daß den "schwarzen Schafen" das Handwerk gelegt wird. Man weiß, daß bei den griechischen Gastarbeitern ähnliche Schwierigkeiten bestehen.

Bei den Spaniern ist jedoch der Anteil der "schwarzen Schafe" viel geringer - und trotz allem viel zu hoch. Schon eines ist zuviel.